

Deputation für Bildung
(staatlich)
Sitzungsprotokoll der 23. Sitzung

16. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2003 - 2007

Sitzungstag 22. Dezember 2005	Sitzungsbeginn 10.00 Uhr	Sitzungsende 12.00 Uhr	Sitzungsort Rembertiring 8-12 28195 Bremen
---	------------------------------------	----------------------------------	--

Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- | | | |
|--------|---|---------------|
| TOP 1 | Genehmigung der Tagesordnung | |
| TOP 2 | Genehmigung des Protokolls vom 24. November 2005 | |
| TOP 3 | Verschiedenes | |
| TOP 4 | Qualifizierungsfonds des BAP (Unterfonds I.4)
Innovative Berufsbildung 2010 | Vorlage L 168 |
| TOP 5 | Beratungsschwerpunkte der 312. Plenarsitzung der Ständigen
Konferenz der Kultusminister und –senatoren der Länder in der
Bundesrepublik Deutschland am 15. Dezember 2005 in Bonn | Vorlage L 169 |
| TOP 6 | Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentli-
chen Schulen im Lande Bremen, hier: Neu Verordnung über die
Festlegung der Zulassungszahlen zum 01.05.2006 | Vorlage L 170 |
| TOP 7 | Regionaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Bre-
men und Bremerhaven - Sachstand | Vorlage L 171 |
| TOP 8 | Erste-Hilfe-Ausbildung in Schulen des Landes Bremen | Vorlage L 172 |
| TOP 9 | Maßnahmen zur Steigerung der Anwahlzahlen für naturwissen-
schaftliche Fächer in der Gymnasialen Oberstufe | Vorlage L 173 |
| TOP 10 | Bericht zur gegenwärtigen Situation der Ganztagschulen im Land
Bremen | Vorlage L 174 |
| TOP 11 | Bericht zu den Vergleichsarbeiten 2004/2005 | Vorlage L 175 |
| TOP 12 | Sachstandsbericht zum Konzept der Sekundarschulen im Lande
Bremen | Vorlage L 176 |
| TOP 13 | Verordnung über den Erwerb der Erweiterten Berufsbildungsreife
(Erweiterter Hauptschulabschluss) und des Mittleren Schulab-
schlusses (Realschulabschluss) in der Erwachsenenschule der
Stadt Bremen und der Abendschule Bremerhaven | Vorlage L 177 |
| TOP 14 | Modifizierung des Verfahrens zur Notenbefreiung | Vorlage L 178 |
| TOP 15 | VERA – Ergebnisse | Vorlage L 179 |

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderung genehmigt. Der TOP 14 „Modifizierung des Verfah-
rens zur Notenbefreiung“ wird vorgezogen.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 24. November 2005

Das Protokoll der Sitzung vom 24. November 2005 wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 14 Modifizierung des Verfahrens zur Notenbefreiung

Herr Lemke erläutert die Vorlage und weist auf die klaren Kriterien für die Notenbefreiung hin. Die Schulen, die diese Kriterien erfüllten, sollten von der Pflicht zur Notengebung befreit werden. Er stelle die Vorlage jedoch nicht zur Abstimmung, da innerhalb der Koalition keine Einigung erzielt werden konnte. Dies sei, gerade vor dem Hintergrund der guten VERA-Ergebnisse, die dem Einsatz der Lehrkräfte und Eltern zu verdanken seien, besonders bedauerlich. Frau Hövelmann merkt an, dass die SPD sich ein transparentes Verfahren wünsche, wobei die Qualitätsstandards als Entscheidungsgrundlage dienen. Leider sei dies in der Koalition nicht durchsetzbar, wofür sie sich bei den Schulen entschuldige. Frau Stahmann weist darauf hin, dass Anträge von 26 Schulen von der Verwaltung bewertet wurden., hiervon erfüllten 17 Schulen die anfänglichen Kriterien. Aber lediglich der Antrag der Tami-Oelfken Grundschule wurde durch die Deputation positiv beschieden. Es sei problematisch die Meßlatte im Laufe des Verfahrens höher zu legen, da eigentlich alle 16 Schulen befürwortet werden müssten. Als Kompromiss schlägt sie die Zustimmung zum vorliegenden Beschlussvorschlag vor. Frau Kauertz fordert die CDU-Fraktion auf, ihre unbewegliche Haltung zur Notenbefreiung zu erläutern. Herr Rohmeyer erklärt, dass sich die Position der CDU nicht geändert habe. Im September 2002 habe der Senat beschlossen, dass Noten in der Grundschule wieder eingeführt werden sollen. Dieser Beschluss wurde im Schulgesetz und der Zeugnisordnung umgesetzt. Der Kompromiss der Koalition sehe Lernentwicklungsberichte und Noten vor. Ausnahmen seien nur für Schulen mit besonderen pädagogischen Konzepten vereinbart, ein Beispiel hierfür sei die Bürgermeister-Smidt-Schule. Er habe zudem aus Bremerhaven die Rückmeldung erhalten, dass auch die Arbeit mit Noten nicht problematisch sei. Der neue Ansatz der Vorlage sei interessant, aber die stärkere Selbständigkeit könne nicht alleine Grund für Notenbefreiung sein, da die Qualitätsentwicklung in den Bremer Grundschulen noch nicht weit genug vorangekommen sei. Frau Dalibur (ZEB) erklärt, dass der vorgelegte Kompromiss sinnvoll sei, um einen transparenten Weg einzuschlagen, der weiter überprüft werden könne. VERA habe Erfolge bei der Qualitätsentwicklung aufgezeigt. Da Schulnoten demotivieren, bitte sie die CDU, ihre Entscheidung noch einmal zu überdenken. Frau Kiese (ZEB) erläutert, dass Eltern von ihren Kindern Leistung erwarteten. Ziel sei aber nicht, dass Kinder der Noten wegen lernten, sondern um Wissen zu erwerben. Jedem Kind müsse ein Anreiz gegeben werden, seine Leistung weiter zu steigern. Sie fordert die Deputierten auf, der Vorlage zuzustimmen. Frau Schmidtke ist der Auffassung, dass nicht die Noten, sondern die Arbeit, die hinter den Noten stecke, im Fokus stehen müsse. Nicht die Noten steigerten die Leistung und Lernfreude der Schülerinnen und Schüler, Lernentwicklungsberichte seien hier weit geeigneter. Herr Breiter (Personalrat Schulen) erläutert, dass viele Grundschulpädagogen sich gegen Noten ausgesprochen hätten. Gerade in den Ländern, die gut im PISA-Test abgeschnitten haben, werde in den Grundschulen auf Noten verzichtet. Herr Fries bittet um eine Abstimmung über den Beschlussvorschlag, sollte die Vorlage nicht zur Abstimmung gestellt werden, so bringe er den Beschlussvorschlag als Antrag der Fraktion Bündnis 90 / die Grünen ein. Er betont, dass es keine deutschen oder internationalen Forschungsergebnisse gäbe, die eine positive Wirkung von Noten belegten. International sei zu beobachten, dass auf die Vergabe von Noten in Grundschulen verzichtet werde. Herr Tönißen (Magistrat Bremerhaven) berichtet über den Besuch der CDU-Deputierten an der Zwinglischule. Die Schulleiterin habe nur darauf hingewiesen, dass sie selbstverständlich entsprechend des Deputationsbeschlusses verfahren werde. Frau Kiese (ZEB) weist auf ein Papier von Prof. Brüggelmann, das sich mit der Presseerklärung der CDU befasse. Weitere Materialien zur Notenproblematik würden folgen. Frau Hövelmann erklärt, dass die SPD-Fraktion sich aus Koalitionsdisziplin bei der Abstimmungen enthalte, sich aber weiter dafür einsetze, dass es Änderungen - wie im Verwaltungsvorschlag dargestellt - geben wird. Herr Lemke erläutert, dass es nicht zu vermitteln sei, in der derzeitigen Situation des Landes die Koalition an der Frage der Notengebung zerbrechen zu lassen. Er stelle die Vorlage deshalb nicht zur Abstimmung.

Herr Fries beantragt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Deputation für Bildung stimmt den Anträgen der Grundschulen Admiralstraße, Augsburger Straße, Buntentorsteinweg, Ellenerbrokweg, In der Vahr, Gorch-Fock-Schule und der Zwinglischule auf Notenbefreiung zu.

Die Deputation für Bildung bittet den Senator für Bildung und Wissenschaft um Vorlage eines Entwurfs zur Modifizierung des § 18 (4) der Zeugnisordnung im unter Lösung beschriebenen Sinne bis Mai 2006

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wird bei 2 Fürstimmen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, 4 Gegenstimmen der Fraktion der CDU und 5 Enthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt.

TOP 3 Verschiedenes

- 1) Der von Frau Cordsmeier (ZEB) erbetene Bericht zu möglichen Problemen von Hauptschülern hinsichtlich der **nicht differenzierten Note in den Naturwissenschaften** bei der Ausbildungsplatzsuche wurde versandt.
- 2) Die Antwort auf die Bitte von Frau Stahmann nach einem Bericht zur **Kooperation der Gymnasialen Oberstufen mit dem AWI in Bremerhaven** wurde verteilt.
- 3) Die Deputation für Bildung stimmt einer Verlegung der 26. Sitzung der Deputation (staatlich und städtisch) vom 20. April 2006, 10.00 Uhr auf den 04. Mai 2006, 10.00 Uhr zu.
- 4) Senator Lemke weist hin auf die sehr gelungene **Darbietung der „Nussknackersuite“** durch die GSO und die Grundschule Parsevalstraße in Kooperation mit dem LIS und der Philharmonie Bremen.
- 5) Herr Rohmeyer bittet um einen ausführlichen **Bericht zur Nichtschülerprüfung für Schüler der Privatschule Mentor**.
- 6) Frau Böschen bittet um einen Bericht zu den **Ausbildungskoordinatoren und Mentoren**. Herr Henschen antwortet, dass noch nicht von allen Schulen eine entsprechende Rückmeldung vorliege. Grundsätzlich sei man hier jedoch auf einem guten Weg. Er räumt ein, dass es bei der Mentorenfortbildung einige Probleme gegeben habe, an denen jedoch intensiv gearbeitet werde. Frau Böschen fragt, ob die Fortbildung der Bremerhavener Mentoren in Bremerhaven stattfinde. Herr Porwoll antwortet, dass eine Kooperation mit Bremen erforderlich sei, es werde aber geprüft, ob auch Veranstaltungen in Bremerhaven durchgeführt werden können.
- 7) Frau Böschen bittet um **Erstellung eines Sponsoringberichts für Bremerhaven**. Herr Porwoll erwidert, dass hier der Bremerhavener Ausschuss für Schule und Kultur zuständig sei.
- 8) Frau Stahmann bemängelt, dass laut einer Verfügung Schülerinnen und Schüler die an der sogenannten „**Norddemo**“ teilnehmen wollten dies als unentschuldigtes Fehlen im Zeugnis eingetragen werde. Senator Lemke hält dies Verfahren für richtig. Frau von Illsemann ergänzt, dass in Ausnahmefällen für Veranstaltungen wie z. B. den „Schülertag“ Unterrichtsbe freiung gewährt werde, nicht jedoch für die Teilnahme an einer Demonstration.
- 9) Herr Rohmeyer bittet um einen Sachstandsbericht über **die Maßnahmen zur Steigerung der Studienanfängerinnen und Studienanfänger im pädagogischen Bereich**, insbesondere in „Mangelfächern“.
- 10) Frau Hövelmann bittet um einen Sachstandsbericht über den **Entwicklungsstand des Ganztagsbetriebs der Freien Waldorfschule Sebaldsbrück**.

Senator Lemke sagt eine Beantwortung der offenen Fragen zur nächsten Sitzung zu.

**TOP 4 Qualifizierungsfonds des BAP (Unterfonds I.4)
 Innovative Berufsbildung 2010**

Vorlage L 168

Herr Nalazek bittet darum, dass dieses Thema weiter im Unterausschuss Berufliche Bildung begleitet werden solle.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Bildung nimmt von der Vorlage und den Beschlüssen der Deputation für Arbeit und Gesundheit Kenntnis und bittet um regelmäßige Berichterstattung über den Verlauf des Projekts und empfiehlt, den Landesausschuss für Berufsbildung in geeigneter Form einzubinden.

**TOP 5 Beratungsschwerpunkte der 312. Plenarsitzung der Ständigen Vorlage L 169
 Konferenz der Kultusminister und –senatoren der Länder in
 der Bundesrepublik Deutschland am 15. Dezember 2005 in
 Bonn**

Beschluss

Die staatliche Deputation für Bildung nimmt Kenntnis.

**TOP 6 Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öf- Vorlage L 170
 fentlichen Schulen im Lande Bremen, hier: Neu Verordnung
 über die Festlegung der Zulassungszahlen zum 01.05.2006**

Herr Bürger fragt, ob die KMK die Problematik der Mangelfächer bereits beraten habe. Er merkt an, dass bei Engpässen bei der Einstellung in der Vergangenheit Werbemaßnahmen an den Universitäten unternommen wurden. Senator Lemke erklärt, dass das Problem nicht in der KMK beraten wurde, obwohl andere Länder noch größere Probleme als Bremen haben. Es ist aber eine Marketingstrategie in der Vorbereitung (z. B. Einstellungsgarantien während des Studiums). Der Deputation für Bildung werde hierüber berichtet.

Beschluss

Die Deputation für Bildung stimmt der als Anlage 1 beigefügten Verordnung über die Festlegung der Zulassungszahlen zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen zu.

Sie nimmt die Aufstellung über die Anzahl der Bewerbungen um Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen zum Einstellungstermin 01. Mai 2006 (Anlage 2) und die Liste der am 01. Mai 2006 bereits besetzten Fächer (Anlage 3) zur Kenntnis.

**TOP 7 Regionaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Vorlage L 171
 Bremen und Bremerhaven - Sachstand**

Beschluss

Die staatliche Deputation für Bildung nimmt den Bericht für das Bündnis-Plenum über den Sachstand des Regionalen Pakts zur Kenntnis.

TOP 8 Erste-Hilfe-Ausbildung in Schulen des Landes Bremen

Vorlage L 172

Frau Stahmann begrüßt, dass dies eine sinnvolle Maßnahme sei, sie würde allerdings gerne die Kostenseite dargestellt bekommen. Herr Schulz erklärt, dass die Kosten durch Zuweisungen des Bundes gedeckt würden, die direkt an das Deutsche Rote Kreuz gingen. Herr Rohmeyer macht darauf aufmerksam, dass es sich bei der Erste-Hilfe-Ausbildung in den Schulen des Landes Bremen um eine wichtige Initiative handele, die vor allem die soziale Kompetenz der Schüler stärke.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht „Erste-Hilfe-Ausbildung in Schulen des Landes Bremen“ zur Kenntnis und bittet um Weiterleitung an den Senat zur Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit dem Beschlussvorschlag Kenntnisnahme.

TOP 9 Maßnahmen zur Steigerung der Anwahlzahlen für naturwissenschaftliche Fächer in der Gymnasialen Oberstufe Vorlage L 173

Senator Lemke erläutert die Vorlage und weist auf die erfolgreichen Einzelprojekte hin. Herr Bürger begrüßt, dass eine leichte positive Verbesserung der Anwahlzahlen für die naturwissenschaftlichen Fächer in der Gymnasialen Oberstufe festzustellen sei. Der Maßnahmenkatalog sei beeindruckend, dies dürfe aber nicht dazu führen, in den Anstrengungen nachzulassen. Jedoch werde es noch einige Zeit dauern bis die Zahlen sich deutlich verbesserten. An dem Konzept sei zu kritisieren, dass die Zusammenlegung der Fächer Biologie/Physik/Chemie in der Hauptschule, wie schon in der Orientierungsstufe, Probleme berge. Dies sollte bei den nächsten Besprechung zur Sekundarschule beraten werden. Außerdem sei die durchgängige Erteilung der NW-Fächer in der Sekundarschule I noch immer nicht gegeben und auch die Lehrerzuweisungen für NW-Fächern sowie die Arbeitsplatzausstattung sollten in Einzelfällen verbessert werden. Frau Kiese (Zentralelternbeirat) erklärt, dass das Problem häufig darin liege, dass der Matheunterricht wenig motivierend sei. Der NW-Unterricht müsse lebensnah gestaltet werden um das Interesse und die Motivation der Schülerinnen und Schüler zu wecken und zu stärken. Frau Stahmann dankt für die Vorlage. Die Maßnahmen sollten bis in die Kindergärten ausgeweitet werden, soweit die finanzielle Situation dies zulasse. Frau Böschen weist auf die Projekte PING und PUNG zur Integration naturwissenschaftlicher und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern hin. Die Kooperation mit EADS habe sich nur an die allgemeinbildenden Bereiche gerichtet, hier sollten auch die beruflichen Gymnasien und das TBZ angesprochen werden. Senator Lemke ist damit einverstanden, dass man nach diesem ersten Schritt auch der berufliche Bereich einbezogen wird.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht über die Anwahlzahlen in den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern sowie zu Maßnahmen der Sicherung und Stärkung naturwissenschaftlicher Angebote zur Kenntnis.

TOP 10 Bericht zu den Vergleichsarbeiten 2004/05 Vorlage L 174

Frau Stahmann fragt, ob es stimme, dass Gesamtschülerinnen und Gesamtschüler bestimmte Noten benötigen um überhaupt zur Gymnasialen Oberstufe zugelassen zu werden, während Gymnasiasten keine bestimmten Noten bräuchten. Herr Feuser erklärt, dass das Schulgesetz vorschreibe, dass Gesamtschülerinnen und Gesamtschüler eine Abschlussprüfung als Voraussetzung zum Übergang in die Gymnasiale Oberstufe ablegen müssten. Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums schreiben Vergleichsarbeiten, die auch in die Zensur einfließen, die für die Versetzung relevant sind. Herr Lichtenburg (Personalrat Schulen) sieht hierin eine Benachteiligung der Gesamtschüler, die dazu führe, dass leistungsstarke Schülerinnen und Schüler nicht mehr die Gesamtschule anwählten. Senator Lemke merkt an, dass die Anwahlzahlen zur Gesamtschule gegen diese Behauptung sprächen. Frau von Ilsemann ergänzt, dass ein Leistungsvergleich von vergleichbaren Gesamtschülern und

Gymnasiasten deren ähnlichen Leistungsstand belegen würde. Außerdem könne am Ende des 10. Schuljahres am Gymnasium keine Abschlussprüfung vorgenommen werden, da dies bereits die Eingangsphase der Oberstufe sei. Frau Stahmann ist der Meinung, dass diese Problematik vertieft beraten werde sollte, da sich Probleme ergeben könnten, die in der Gesamtschule zu Nachteilen und längerfristig zu geringeren Zugängen führen könnten. Herr Rohmeyer weist auf die Unterschiedlichkeit der Bildungsgänge Gesamtschule und Gymnasium hin. Frau Kiese (ZEB Bremen) teilt mit, dass diese Problematik auch schon im ZEB angesprochen wurde. Frau von Ilsemann bietet hierzu weitere interne Beratungen an.

Beschluss

Die Deputation nimmt den Bericht zu den Vergleichsarbeiten in der Jahrgangsstufe 10 im Schuljahr 2004/05 zur Kenntnis.

TOP 11 Bericht zur gegenwärtigen Situation der Ganztagschulen im Land Bremen Vorlage L 175

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Situation der Ganztagschulen im Land Bremen zur Kenntnis.

TOP 12 Sachstandsbericht zum Konzept der Sekundarschule im Lande Bremen Vorlage L 176

Herr Rohmeyer lobt die gut gelungene Broschüre zur Sekundarschule. Frau Böschen weist darauf hin, dass die Organisation der Berufspraxis, insbesondere die Verzahnung von Schule und Beruf sowie die Organisation der zweiten Fremdsprache nicht ausreichend dargestellt werde. Herr Feuser erklärt, dass dies weiter aufbereitet werde. Herr Fries erläutert, dass der Schwerpunkt der Sekundarschule zwar auf der Vorbereitung auf eine Berufsausbildung liege, es müsse aber auch ein möglicher Übergang in die gymnasiale Oberstufe vorbereitet werde. Er bittet um Darstellung, wann die Stufenverordnung in Kraft trete. Herr Feuser erklärt, dass zur Zeit die Stufenverordnung erarbeitet werde, durch die z. B. der Zugang zu den verschiedenen Bereichen geregelt werde. Frau Jansen erläutert, dass nur in Schulzentren mit Gymnasialabteilung der Übergang aus der Sekundarschule in die gymnasiale Oberstufe gut vorbereitet werden könne.

Beschluss

Die Deputation Bildung nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis. Im April 2007 wird der Deputation für Bildung ein weiterer Sachstandsbericht zum Stand der Entwicklung der Sekundarschule vorgelegt.

TOP 13 Verordnung über den Erwerb der Erweiterten Berufsbildungsreife (Erweiterter Hauptschulabschluss) und des Mittleren Schulabschlusses (Realschulabschluss) in der Erwachsenen-schule der Stadt Bremen und der Abendschule Bremerhaven Vorlage L 177

Beschluss

Die Deputation für Bildung stimmt dem anliegenden Entwurf einer Verordnung über den Erwerb der Erweiterten Berufsbildungsreife (Erweiterter Hauptschulabschluss) und des Mittleren Schulabschlusses (Realschulabschluss) an der Schule für Erwachsene in Bremen bzw. der Abendschule Bremerhaven zu.

TOP 15 VERA – Ergebnisse

Vorlage L 179

Herr Lemke erklärt, dass die Ergebnisse erfreulich seien und dankt sowohl den Lehrkräften als auch den Eltern für die Unterstützung. Er weist darauf hin, dass man sich nicht mit dem bis jetzt erzielten Ergebnissen zufrieden geben dürfe sondern weiter an einer ständigen Verbesserung arbeiten müsse. Daher habe der Senat auch eine Verstärkung der Haushaltsmittel für die Jahre 2006 und 2007 vorgeschlagen. Frau Hövelmann merkt an, dass grade die Ergebnisse bei der Lesekompetenz der Schülerinnen und Schüler zeigten, dass der eingeschlagene Weg richtig sei. Frau Stahmann bittet zu gegebener Zeit einen Vergleich zwischen Bremen und Bremerhaven vorzulegen.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt die anliegende Zusammenfassung der Ergebnisse VERA 2005 zur Kenntnis.

Senator

Sprecherin

Protokollantin